

**Antrag 79/II/2025****KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Reform der Verschonungsbedarfsprüfung im Erbschaftsteuerrecht**

1 Die SPD setzt sich für eine grundlegende Reform der Ver-  
 2 schonungsbedarfsprüfung im Erbschaftsteuerrecht ein.  
 3 Ziel ist es, Missbrauchsmöglichkeiten zu schließen, Steu-  
 4 ergerechtigkeit herzustellen und die Belastung gerechter  
 5 zwischen großen Unternehmensvermögen und normalen  
 6 Erb:innen zu verteilen.

7  
 8 Die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung, der Bundes-  
 9 tagsfraktion sowie in den entsprechenden Gremien wer-  
 10 den aufgefordert, folgende Maßnahmen umzusetzen

- 11 1. Prüfung des Gesamtvermögens: Bei der Bedarfsprü-  
 12 fung ist nicht nur das Vermögen der erbenden Per-  
 13 son, sondern das gesamte Familienvermögen (Ehe-  
 14 partner, Kinder, enge Verwandte) einzubeziehen.
- 15 2. Strenge Offenlegungspflichten: Einführung umfas-  
 16 sender Transparenz über in- und ausländisches Ver-  
 17 mögen; bei unvollständigen oder falschen Angaben  
 18 greifen Sanktionen.
- 19 3. Klare Härtefalldefinition: Steuererlass nur bei nach-  
 20 weisbarer Gefahr der Insolvenz oder Zerschlagung  
 21 des Unternehmens.
- 22 4. Mindestbesteuerung: Einführung einer verpflich-  
 23 tenden Mindeststeuer, um vollständige Steuerfrei-  
 24 heit auszuschließen.
- 25 5. Unterscheidung nach Unternehmensgröße: Die Be-  
 26 darfsprüfung soll ausschließlich für kleine und mitt-  
 27 lere Betriebe gelten; Großkonzerne und Holding-  
 28 strukturen sind auszuschließen.
- 29 6. Nachversteuerung bei Veräußerung: Bei Verkauf  
 30 oder Zerschlagung des Betriebs innerhalb von zehn  
 31 Jahren nach Erbschaft oder Schenkung ist die erlas-  
 32 sene Steuer nachzuzahlen.
- 33 7. Regelmäßige Evaluation: Überprüfung der Rege-  
 34 lung alle fünf Jahre durch Bundestag und Finanzaus-  
 35 schuss.

36

37

**Begründung**

38  
 39 Die Verschonungsbedarfsprüfung wurde als Härtefallre-  
 40 gelung eingeführt, um Familienunternehmen im Erbfall  
 41 vor dem Zwangsverkauf zu schützen. In der Praxis zeigt  
 42 sich jedoch, dass diese Regelung in erheblichem Umfang  
 43 missbraucht wird:

- 44 • Wohlhabende Erb:innen können sich „arm rech-  
 45 nen“, indem sie ihr Privatvermögen verschieben  
 46 oder Unternehmenswerte künstlich aufblähen.
- 47 • Große Unternehmensgruppen nutzen Holding-  
 48 Konstruktionen, um Vermögenswerte als Betriebs-

Ergänzung BPT

49 vermögen zu deklarieren.

50 • Der Staat verzichtet dadurch auf erhebliche Steu-

51 ereinnahmen, während kleine Erb:innen ohne Be-

52 triebsvermögen keine vergleichbaren Erleichterun-

53 gen erhalten.

54 Das führt zu einer **ungleichen und ungerechten** Steu-

55 erpraxis, die Vermögenskonzentration verstärkt und das

56 Vertrauen in die Steuergerechtigkeit schwächt. Ausge-

57 rechnet die größten Unternehmensvermögen profitieren,

58 während Normalbürger:innen die volle Steuerlast tragen.

59

60 Die SPD steht für Steuergerechtigkeit und sozialen Zu-

61 sammenhalt. Mit den vorgeschlagenen Reformen wird

62 die Verschonungsbedarfsprüfung wieder auf ihren ur-

63 sprünglichen Zweck zurückgeführt: den Schutz echter Fa-

64 milienbetriebe in Härtefällen. Missbrauch durch aggressi-

65 ve Steuervermeidung wird verhindert, die Gleichbehand-

66 lung aller Erb:innen gestärkt und die Finanzierung des Ge-

67 meinwesens gesichert.